

Fernsprecher Nr. 28.

Die Sächsische Volkszeitung erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt tags vorher nachm. 5 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 2.— M., monatlich 1.40 M., 1 monatlich 70 Pfg. durch die Post vierteljährlich 2.10 M. (ohne Bestellgeld). Einzelne Nummern 12 Pfg. Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die Sächsische Volkszeitung an.

Tägliche Roman-Beilage: „Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Volkszeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Sci.-Abt.: Elbzeitung

Anzeigen, bei der wöchentlichen Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung. Aus Montag, Mittwoch und Freitag bis spätestens vormittags 9 Uhr aufzugeben. Lokalpreis für die 5 gefaltene Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., bei auswärtigen Inseraten 20 Pfg. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft).

„Gingehant“ und „Reklame“ 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Tägliche Roman-Beilage „Unterhaltungsblatt“.

Zeitung für die Landgemeinden: Altendorf, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilka, Schöna, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz.

Im Falle höherer Gewalt (Feuer oder sonstige unglückliche Ereignisse) bei Verletzung der Zeitung, bei Verlesern oder bei Beschädigungen (Verletzungen) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Inseraten-Kundensstellen: In Bad Schandau: Geschäftsstelle Kaufstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureau von Haasenstein & Vogler, Zubalbandant und Rudolf Rosse. in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Nr. 6

Bad Schandau, Sonnabend, den 12. Januar 1918

62. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 9—12 Uhr und nachmittags von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 9—3 Uhr. Fernruf Nr. 99.

Hinterlegungsstelle für Kriegsanleihe. — Postscheckkonto Leipzig Nr. 18917. — Zinsfuß 3 1/2 % bei täglicher Verzinsung.

Lebensmittel betr.

Sonnabend, den 12. Januar:

Kartoffeln — bei Haase — auf Bezirkskartoffelmarke N, Menge und Preis bekannt.

Mehl — im Konsumverein — auf Lebensmittelmarke Nr. 12 1/4 Pfund. Preis 21 Pfg. das Pfund. Da nur eine Ausgabestelle, werden Sonnabend die Häuser Nr. 1—150 und Montag „ „ „ 151—264

beliefert.

Quark soll jetzt regelmäßig geliefert werden. Die Verkaufsstellen befinden sich bei Hofmann und Richter. Zunächst werden die Lebensmittelkarten Nr. 1—1000, insoweit solche noch nicht geliefert sind, auf Marke Nr. 20, sowie gegen Abgabe der Sperrmarke vom Januar, bei Wenzel Richter mit 1/4 Pfund am Sonnabend und nötigenfalls am Montag geliefert.

Schandau, am 11. Januar 1918. Der Stadtrat.

Die Stadtsparkasse Pirna

verzinst die Einlagen bei Gewährung von Tageszinsen mit 3 1/2 %.

Geschäftszeit: 8—12 und 2—5 Uhr. Sonnabends ununterbrochen 8—1 Uhr.

Volksbücherei im neueren Schulgebäude, erste Etage. Ausgabe jeden Freitag zwischen 4 und 5 Uhr, enthält eine reiche Auswahl von Werken unterhaltenden und belehrenden Inhalts der bekanntesten und beliebtesten Autoren.

Oeffentliche Handelsschule zu Pirna Höhere Abteilung.

Neben einer guten, allgemeinen Bildung vermittelt diese Abteilung mit vollem Tageunterricht: eine gründliche, kaufmännische Vorbildung, sowie auch Vorbildung für die gewerblichen Berufsarten und die Beamtenlaufbahn.

Lehrlings-Abteilung.

Kaufmännischer Kursus für Mädchen.

Gründlicher Unterricht in einfacher und doppelter Buchhaltung, kaufmännischer Korrespondenz mit Kontoarbeiten, Handels- und Wechselrecht, kaufmännischen Rechnen, deutscher Sprache und Literatur, Stenographie und Handels- und Verkehrsgeographie als Pflichtfächer, franz. und engl. Sprache, sowie Maschinenschreiben als Wahlfächer.

Gründliche Ausbildung in Stenographie und Maschinenschreiben.

Anmeldungen täglich von 8—12 Uhr bei dem Unterrichtsleiter. Prospekt auf Wunsch.

Die Handelsschuldeputation: E. Schmöle.

Die Direktion: S. Gahrke.

Die Krise von 1918.

Zum Kampf um den Staatssekretär v. Kühlmann.

Nur wer äußerst harmlosen Gemütes ist, wird leugnen können, daß Deutschland seit der Jahreswende in einer schweren inneren Krise lebt. Handelte es sich in den Jahren 1915/16 gewissermaßen um die Mittel, den Krieg fortzusetzen und zu beenden — man denke an den U-Boot-Krieg, die Demokratisierung und die Aufstellung uneres Friedensangebots — so geht diesmal der Kampf um weit wichtigeres: um die Vergung der Früchte aus einem dreieinhalbjährigen Ringen.

Wie es begann: Als in der Vorweihnachtszeit die Russen ihren Aufruf zum allgemeinen Friedensschluß in die Welt sandten, begann der Kampf, der schließlich mit einer Leidenschaft geführt worden ist, wie sie sonst dem kühnen deutschen Wesen fremd ist und die eine Lage herbeigeführt hat, die einem linksstehenden Organ Veranlassung gibt zu schreiben, „daß zwischen der Kriegspolitik des Herrn v. Kühlmann und den militärischen Auffassungen ein scharfer Gegensatz besteht, der sich zu einem Ringkampf Ludendorff—Kühlmann verdichtet hat“. Ob die Dinge wirklich so liegen, muß dahingestellt bleiben, da die Erörterung des Spiels der Kräfte hinter den Kulissen selbstverständlich nicht möglich ist. Aber auch das, was jedem Auge sichtbar, sich zuträgt, was gesagt, geschrieben, gedruckt, telegraphiert und gerannt wird, gibt dem Vaterlandsfreund zu denken, zumal all das in einem Augenblick geschieht, da festeste Geschlossenheit, zielbewusste Einheit des ganzen Volkes die unerlässliche Forderung der Stunde ist.

Herr v. Kühlmann war beauftragt, in Brest-Litowsk einen dauernden Frieden mit Rußland zustande zu bringen, daneben aber eine „Sicherung gegen die Wiederkehr solcher Notlage, wie sie der August 1914 uns aufzwang“, von den Russen einzubandeln. Die Aufgabe schien jenen leicht, die in Rußland lediglich den besiegten, völlig geschlagenen, durch die Revolution widerstandsunfähigen Gegner sahen. Die andern aber, die die Intrigen der Westmächte als starken Nachfaktor in ihre Rechnung einstellten, sahen allenthalben Schwierigkeiten voraus.

Im Widerstreit der Meinungen: In weiten Kreisen des Volkes war man nach den ersten Nachrichten aus Brest-Litowsk der Ansicht, daß die Verhandlungen glatt verlaufen und daß der Friede vor der Tür stehe. Aber die Hauptfrage war noch unentschieden: Das Schicksal der besetzten Gebiete. Es hieß, sich geflissentlich vor den Wirklichkeiten des politischen Lebens verblöden, wenn man nicht zugeben wollte, daß auch allen Annerkennungsfähigen fernstehende der Überzeugung waren, daß eine Räumung dieser Gebiete nicht in Frage kommen könne, ehe nicht der Friedensschluß unterzeichnet sei. Auf der andern Seite aber ist ebenso sicher, daß weite Kreise mit der Möglichkeit einer Herausgabe gar nicht gerechnet hatten. Staatssekretär v. Kühlmann stand somit vor doppelten

Schwierigkeiten. Er sollte die zwiespältigen Wünsche der Heimat erfüllen und zugleich den russischen Unterhändlern Entgegenkommen zeigen. Die einen schrien: Doppelt fordern, weil der Russe gewohnt ist, die Hälfte abzugeben, die andern riefen: Nichts fordern, damit der Friedensschluß mit Rußland nicht gefährdet wird. Und urplötzlich wurde in den Kampf dieser Meinungen die Oberste Heeresleitung gezogen. Das Gerücht tauchte auf, Ludendorff (und mit ihm Hindenburg) wollte zurücktreten, wenn im Osten die Verhandlungen so weiter geführt würden. Und auch die Kreise, die bis dahin dem Verlauf der Dinge mit Ruhe zugehört hatten, wurden von der allgemeinen Unruhe ergriffen.

Zeitgemäße Erinnerungen: Daß zwischen der Heeresleitung und der politischen Leitung sich Meinungsverschiedenheiten ergeben, ist nicht neu und kann niemand überraschen, dem deutsche Geschichte nur einigermaßen vertraut ist. Vor mehr denn hundert Jahren — in den Freiheitskriegen — bestanden zwischen den leitenden Männern die schwersten Konflikte und die Geschichte des Wiener Kongresses ist eine Tragikomödie solcher Zwischenfälle. Und wie war es in Nikolburg 1866? Als die siegreichen Heerführer nicht Halt machen wollten, drohte Bismarck mit dem Rücktritt, und erst nach vielen Verhandlungen drang seine Ansicht zum Siege. Und hat sich nicht 1870/71 das Spiel wiederholt? Freilich, die Gegner Herr v. Kühlmanns sätieren gerade aus jener Zeit ein Bismarckwort, das ihrem Verlangen, möglichst viel zu fordern, recht zu geben scheint. Damals sagte Bismarck zu den französischen Unterhändlern: „Wenn Sie dabei noch nicht einmal Elsass-Lothringen zu verlangen wagen, werden Sie mich damit zwingen, die Maaslinie zu fordern.“ Und in Erinnerung an Bismarck verlangen sie, daß Herr v. Kühlmann das Schwert in die Waage werfe.

Anfang oder Ende? Die Dinge liegen nun so, daß gewisse Kreise des deutschen Volkes mit Leidenschaft die Entlassung des Herrn v. Kühlmann, und — da die Geltungsdauer des deutschen Friedensangebotes und nach ihrer Meinung damit auch der deutschen Vorschläge überhaupt abgelaufen ist, — die Entsendung neuer Männer fordern. Demgegenüber ist man in Kreisen der Linken der Anschauung, Herr v. Kühlmann müsse zur Volltätigkeit der Mehrheit des Reichstags, die er angeblich verlassen hat, zurückkehren. Endlich aber fehlt es auch nicht an Stimmen, die die Heeresleitung und besonders Herrn von Ludendorff ausdrücklich ihres Vertrauens versichern. Ihnen gibt eine antike Verlautbarung recht, wonach Herr v. Kühlmann weder „von der Marschroute abgewichen“ ist, noch je etwas anderes vertreten werde als seine Instruktionen.

Ist die Lage damit geklärt, die Krise damit gelöst? Schwerlich! Auf uns laftet nach wie vor die Ungewißheit, ob wir am Anfang oder am Ende der Krise von 1918 stehen.

Unsere Waffenstillstands-Kommission in Danaburg.

Die Mitglieder der deutschen Waffenstillstands-Kommission in Danaburg überbrachten am 11. Dezember 1917 die russischen Stellenungen auf der Chauser-Kommu-Dänaburg. Sie wurden hier von Vertretern der russischen Militär- und Zivilbehörden empfangen und haben mit Autos nach Danaburg weiter, wo Wohn- und Arbeitsräume in einem Privatgebäude bereitgestellt waren.

Wie verlautet, werden die Verhandlungen in Danaburg in entgegenkommender Weise geführt. Die russischen Behörden in Danaburg sind höchlich bestrebt, untere Hohen in Danaburg bezogen zu werden, hat sie sich in Feindesland befindet.

Zunächst wurde über die Festlegung der Verhandlungsstellen an der Front, wie sie im Waffenstillstandsvertrage von Brest-Litowsk vorgesehen sind, verhandelt, und zwar für den Bereich von der Ostsee bis nach Danaburg. Weiter wurden Fragen aus dem Gebiet des Ruhr- und Oberrheinvertrages behandelt, besonders die Wiederherstellung und beschleunigte Inbetriebnahme der Strecke Danaburg—Wilmu.

Ausweisung von russischen und polnischen Truppen.

Nach einer Meldung aus Danaburg besteht die Petersburger Regierung einen Einverständnis, den den Rat der Volkskommissionen hinsichtlich eines Beschlusses auf dem Lande zu verweihen, da die überflüssigen Gefangenen, die in Danaburg im Falle der Besetzung der Ostsee zu verweihen werden, z. B. in Danaburg und Danaburg.

Zweiter Bericht in Ostland.

Das Stockholmer schwedische Bureau teilt jedoch mit: Nachdem die schwedische Vernehmung Ostlands durch Truppenverbände der regulären russischen Armee trotz zahlreicher Verhandlungen bei den russischen Behörden nicht aufhört und alle großen Maßnahmen der schwedischen Behörden und der Bevölkerung sowie der offiziellen Presse des schwedischen Landtages an die verschiedenen Regierungen von England, Frankreich, Amerika und Belgien schickend geblieben waren, hat sich die schwedische Regierung zur Entsendung einer Strafexpedition bereit.

Daraufhin haben schwedische Truppenverbände, welche von Neval in Richtung gegen Narva vorzogen, während der russische Truppen getroffen, gestört und geschlagen. Die schwedischen Verluste an Toten und Verwundeten sind gering. Die Säuberung Ostlands von den russischen Truppen schreitet fort.

Dänische Blätter wollen aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, daß man in Kopenhagen einen Plan ausarbeite über eine etwaige Vereinigung Finnlands mit Estland. Ein Sonderauschuß ist angeblich mit dem Studium der Frage beauftragt worden. Man glaubt jedoch, daß Deutschland dagegen Einspruch erheben werde; ein gleiches gelte von Rußland, wenn die Maximalisten nicht am Ruder bleiben.